

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 2. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291.

Arbeiternot vor Schulgesetz!

Die Sozialdemokratie fordert die sofortige Beratung ihrer Interpellationen.

Neben der Sozialdemokratie hat auch das Zentrum im Reichstage eine Interpellation über den mitteldeutschen Streik eingebracht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion — die heute vormittag getagt hat — vertritt mit Entschiedenheit den Standpunkt, daß den Interpellationen über den mitteldeutschen Streik der Vorrang vor allen anderen Beratungsgegenständen gebührt. Sie verlangt, daß die Streikinterpellationen wie auch die sozialdemokratische Wirtschaftsinterpellation sofort beraten werden, noch vor dem Schulgesetz.

Das Zentrum jedoch will seine eigene Streikinterpellation hinter Schulgesetz und Besoldungsvorlage zurückstellen.

Die Zentrumsinterpellation.

Die Abgeordneten Imbusch und Stegerwald haben mit der gesamten Fraktion des Zentrums im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau brach ein großer Streik aus, weil in der Bohntage keine Einigung zu erzielen war. Der Streik muß bei längerer Dauer außerordentlich ungünstig auf die deutsche Wirtschaft und die Lage dieser Volkskreise wirken. Ist die Reichsregierung bereit, auf eine Beendigung des Kampfes hinzuwirken, und eine befriedigende Regelung der Lohnfrage herbeizuführen?

Streiklage in Mitteldeutschland.

Uneinigkeit der Unternehmer. — Opposition gegen die Scharfmacher.

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der in seltener Einmütigkeit durchgeführte Streik hat auf die Unternehmer großen Eindruck gemacht. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß zahlreiche Unternehmer die Haltung ihrer Vertreter gelegentlich der Schlichterhandlungen am Freitag voriger Woche in Berlin nicht billigen. In den Unternehmerverbänden der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie gibt es heute eine sehr starke Opposition, die mit der Politik der Leitung der Unternehmerverbände nicht einverstanden ist. Sie betont, daß auch sie der Auffassung sind, daß der Streik durch rechtzeitiges Einlenken der Leitung der Unternehmerverbände zu verhindern gewesen wäre. Dem entspricht, daß bereits am Sonnabend zahlreiche Unternehmer von sich aus eine Lohnerhöhung von 40 bis 50 Pf. durchzuführen haben. U. a. ist das auf der Grube J. G. Farbenindustrie (Farbentrust) der Fall.

Das Märchen vom Streikterror.

Landjäger verbieten das Streikpostenstehen.

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Unternehmer lancieren in die bürgerliche Presse fortgesetzt Nachrichten von angeblichen Terrorakten der Streikenden. Demgegenüber erklären sämtliche Behörden, sowohl der Regierungspräsident von Merseburg wie sämtliche Landratsämter, übereinstimmend, daß die Ruhe und Ordnung nirgends gefährdet worden ist. Die angeblichen Terrorakte „linkstabilen Elemente“ beschränken sich auf die Phantasie der Unternehmer oder der Berichterstatter der bürgerlichen Presse. Die Kommunisten haben

überhaupt nichts zu sagen. Der Streik wird von den Gewerkschaften geführt, die die Arbeiterschaft völlig in den Händen haben.

Dagegen ist ein bedauerlicher Mißgriff der Gendarmerie festzustellen. Während die Schupo im allgemeinen sich musterhaft verhält, haben die Landjäger den Streikenden das Streikpostenstehen bei der Zechen Alwine verboten. Trotz dieser unzulässigen Parteinarbeit ist es nirgends zu Unruhen gekommen.

Kommunisten!

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine unrühmliche Ausnahme im Streikgebiet macht die Grube Alwine in der Nähe von Halle. Es kommt eine Belegschaft von etwa 200 Mann in Frage. Die Belegschaft war schon vor Jahren äußerst radikal und gebärdete sich immer kommunistisch. Auch gehören noch heute viele von ihnen dem Roten Frontkämpferbund an. Sie haben es aber nicht für notwendig gehalten, sich mit ihren Kameraden solidarisch zu erklären und die Arbeit niederzulegen. Selbstverständlich gehören diese famosen „Kassenkämpfer“ auch nicht den Gewerkschaften an.

Die Notstandsarbeiten auf Grube Golpa.

Bitterfeld, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die zentrale Streikleitung ist am Dienstag um 11 Uhr zusammengetreten. Erörtert wird vor allen Dingen der Umfang der zu leistenden Notarbeiten. Auf der Tagesordnung steht auch die Notstandsarbeit der Grube Golpa, von der aus auch Berlin mit Licht und Kraft beliefert wird. Es ist damit zu rechnen, daß der Umfang der von der örtlichen Streikleitung bewilligten Notstandsarbeiten auf der Grube Golpa durch die zentrale Streikleitung wesentlich eingeschränkt wird.

Keine technische Nothilfe!

Die in einem Teil der heutigen Morgenpresse bekanntgegebene Meldung, wonach die Technische Nothilfe im Kraftwerk Fintenberg bereits eingesetzt sei, entspricht nach Mitteilung der Pressestelle der Technischen Nothilfe nicht den Tatsachen.

Die Unternehmer suchen Streikbrecher.

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Zahl der Streikenden hat am Dienstag weiter zugenommen. Arbeiter, die am Montag der Streikparole noch nicht gefolgt waren, schlossen sich am Dienstagmorgen der Bewegung an. Die Werke, die heute noch arbeiten, halten den Betrieb fast ausschließlich mit Hilfe der von den Gewerkschaften gestellten Notstandsarbeiten aufrecht. Streikbrecher sind nur in einzelnen und kleineren Betrieben tätig. Die mit Streikbrechern geleistete Arbeit ist für die Gesamtproduktion ohne jede Bedeutung. Hier und da versuchen die Unternehmer nochmals, durch Lockungen finanzieller Art die Front der streikenden deutschen Bergarbeiterschaft zu durchbrechen. Verschiedene Werke haben durch Anschläge verkündet, pro Mann und pro Schicht „Teuprämien“ (Streikbruchprämien) in Höhe von 5 M. zu zahlen. Gerade das hat die Arbeiterschaft weiter erbittert und das Gegenteil des beabsichtigten Erfolges ausgelöst. Die Arbeiter sagen sich: In Berlin erklärten die Unternehmer sich außerstande, den fälligen Lohn pro Schicht und pro Kopf um 80 Pf. zu erhöhen, heute bietet man das Sechsfache an.

Linksruck in Norwegen.

Sehr starke Zunahme der Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Neuwahlen in Norwegen haben der Rechten eine harte Niederlage gebracht. Das konservative Kabinett hat seine Mehrheit verloren. Die Vereinigte Arbeiterpartei und die Bauernpartei haben schon bei den einflussreichen vorkriegenden Ergebnissen vom letzten Lande mehr Stimmen erhalten als bei der vorigen Wahl im ganzen. Die Kommunisten bleiben bisher hinter ihrer vorigen Stimmenzahl zurück. Es fehlen noch die Wahlergebnisse aus den größeren Städten, namentlich steht auch noch das Ergebnis der Hauptstadt Oslo aus. Die Stimmenzahl der Arbeiterpartei wird sich daher noch wesentlich vermehren. Die bisherigen Zahlen, die ungefähr zwei Drittel des Gesamtergebnisses umfassen, sind die folgenden: Rechts 20 434 (bei der letzten Wahl 34 575), Bauernpartei 54 530 (48 689), Liberale 42 739 (49 678), Sozialdemokratische Arbeiterpartei 49 644 (32 192), Kommunisten 2790 (4668).

Deutsch-polnische Annäherung.

Ein Versuch des Verständigungsausschusses. — Bereitwilligkeit für den Handelsvertrag.

Warschau, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Generalsekretär Schmidt-Hirshberg und der Berliner Rationalökonom Professor Julius Wolff sind in Warschau eingetroffen, um hier im Auftrage

des deutsch-polnischen Verständigungsausschusses Berlin die Stimmung über den Handelsvertrag zu sondieren. Beide Herren erklärten nach Aussprache mit polnischen Politikern und Wirtschaftsführern aller Richtungen, daß sie über die polnische Bereitwilligkeit zum Vertrage die besten Eindrücke mitnahmen. Während am letzten Besuch das entsprechende polnische Komitee nur zwei Vorkomiteer, der Genosse Abgeordnete Pragier und der Kleinbauernabgeordnete Lypacewicz, teilnahmen, begrüßte heute auch der außer Reichsrecht stehende christlich-nationale Abgeordnete Professor Stronisz den deutschen Besuch in Warschau mit einem sehr freundlichen Artikel. Der Handelsvertrag sei für beide Länder nötig und darüber hinaus geistige Annäherung. An Bewunderung für deutsche Leistungen habe es in Polen neben anderen historisch erklärlichen Gefühlen gegen Deutschland nie gefehlt. Die Grenzen müßten bestehen bleiben, könnten aber in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung abgebaut werden.

Der Ueber-Niedner in Rom.

Jahrzehntelange Gefängnisstrafen gegen Kommunisten.

Rom, 18. Oktober.

Das außerordentliche Gericht zum Schutze des Staates hat gegen die zehn römischen Kommunisten das Urteil gefällt. Der flüchtige Abgeordnete Greco wurde zu 17 1/2 Jahren Gefängnis und 112 000 Lire Geldstrafe, sowie drei Jahre Spezialüberwachung verurteilt. Der frühere Abgeordnete Rossinella und der Parteisekretär Jannarati zu je 14 Jahren 4 Monaten Gefängnis und die übrigen Angeklagten zu 2 1/2 bis 8 Jahren Gefängnis und hohen Geldstrafen.

Schlesien — Grenzland!

Volk ohne Raum und Raum ohne Volk.

Von Max Simon-Neufuß, Mitglied des Preussischen Landtages.

Der Gemeindeauschuß, der Siedlungsausschuß für Wohn- und Heimstättenwesen, der Ostauschuß u. a. waren in den letzten Jahren in den Gegenden größter Bevölkerungsdichte Schlesiens, in den großen Städten, im Oberschlesischen, im Langenbielauer und Waldenburger Industriebezirk. Sie haben von der Ueberbevölkerung dieser Bezirke, von ihrer Raumnot, ihrem Wohnungseld, den sozialen Mißständen, die sich nach der Weltkriegskatastrophe ins Ungeheure verschärft haben, ein lebendiges Bild erhalten. Eine weniger lebendige Anschauung haben die Parlamentarier dieser Ausschüsse sicherlich von anderen weiten Gebieten Schlesiens, die man als „Raum ohne Volk“ charakterisieren kann und die am 9. und 10. September von den Mitgliedern des Preussischen Landtagsauschusses für ländliches Siedlungs- und vom 12. bis 17. September vom Siedlungsausschuß des Reichstages in Augenschein genommen wurden. Schlesien mit seinen 600 Kilometern Landesgrenzen zeigt ein Bild des Deutschen Reiches im Kleinen. Im Reich Ueberbevölkerung im Westen und in den Industriegebieten — und ungeheure menschenarme Flächen im Ostelbien. In Schlesien weit über 250 Einwohner auf einen Quadratkilometer in den Industriegebieten — und andererseits weite menschenarme Flächen, besonders rechts der Oder, in Grenznähe Polens, wo der deutsche Reichsdurchschnitt (132 Einwohner auf einen Quadratkilometer) lange nicht erreicht wird, ja, wo die Bevölkerung seit mehr als fünfzig Jahren stark zurückgegangen ist, teilweise bis auf 51 Menschen auf den Quadratkilometer gesunken ist. Unter Berücksichtigung des Einwohner- und Flächenverlustes an Polen ist — nach amtlichen Zahlen der Reichsstatistik — die Bevölkerungszahl allein in sieben Landkreisen des Regierungsbezirks Breslau rechts der Oder von 348 078 im Jahre 1871 auf 314 155 im Jahre 1925 zurückgegangen (Verlust an Polen 26 248 Einwohner, 511,5 Quadratkilometer). 1871 wohnten auf 1 Quadratkilometer im Durchschnitt 63, im Jahre 1925 nur noch 62 Einwohner, während im gleichen Zeitraum in Gesamtschlesien die Bevölkerungsdichte von 92 auf 124 und im Deutschen Reich von 76 auf 132 auf ein Quadratkilometer anstieg. Ein ähnlicher Rückgang, vor allem der Landbevölkerung, ist in den Grenzkreisen des Regierungsbezirks Liegnitz rechts der Oder zu verzeichnen. Katastrophal wirkt sich diese Abwanderung vom Lande auch für die Entwicklung der Städte aus. In den sieben Grenzkreisen des Regierungsbezirks Breslau betrug die Bevölkerungsdichte in den Städten 1871 auf den Quadratkilometer noch 419,5 Einwohner, 1925 nur noch 364 Einwohner, in den Landgemeinden dieser Kreise sank die Bevölkerungsdichte von 111,6 auf 87,9 Einwohner pro Quadratkilometer, nur in den immer fast menschenleeren Gutsbezirken stieg sie von 16,1 auf 21,9 Einwohner auf einen Quadratkilometer. Die Ursachen zu dieser, trotz aller Neu- und Anliegeriedlungsmassnahmen zu verzeichnenden Verminderung der Bevölkerung im schlesischen Grenzland liegen in der Vorherrschaft der selbständigen Gutsbezirke und in dem auch in Schlesien außerordentlich zahlreichen Latifundienbesitz.

Die obigen sieben Grenzkreise des Regierungsbezirks Breslau rechts der Oder zählen allein 33 Privatbesitzer von je weit über tausend Hektar Land und Forst in einer Privat-hand, im Kreise Miltitz z. B. 8 Privatbesitzer mit 46 454 Hektar Gesamtfläche = 49,9 Proz. der gesamten Kreisfläche. Im Kreise Freystadt (Bez. Liegnitz) besitzen rechts und links der Oder 43 Besitzer von 74 Rittergütern rund 120 000 Morgen Acker und Wiesen, auf die übrigen 58 000 Menschen des Kreises kommen zusammen nur 80 000 Morgen landwirtschaftlich genutzter Besitz. Der Regierungsbezirk Liegnitz allein zählt 40 Latifundien, die zumeist wie die Tausende der einzelnen Rittergüter in Schlesien und ganz Ostelbien den jetzigen Umfang als „Familienbesitz“ am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts erreichten und durch damalige Beschlagnahme von Bauernland zu dem jetzigen riesigen „Herreneigentum“ erwachsen sind.

Jenseits der Grenzen Schlesiens wohnt sowohl in der Tschechoslowakei wie in Polen ein fruchtbareres Geschlecht, das heute schon die gleiche Dichte in seinen Grenzbezirken erreicht, wie sie der deutsche Reichsdurchschnitt (auf 1 Quadratkilometer 132 Einwohner) aufweist. Diese Länder gewinnen aber durch ihre weiterschauenden Agrarreformgesetze, durch eine viel intensivere Bodenbesitzverteilung zugunsten der Landhungrigen täglich neuen Raum für neue Bauerngeschlechter. Fast alle Oststaaten und Südoststaaten haben jetzt höchstbesitzgrenzen, die den Großgrundbesitz auf wenige hundert Hektar beschränken zugunsten des Kleinbauertums und einer in den nächsten Jahrzehnten noch zu erwartenden größeren Bevölkerungsvermehrung. Das Deutsche Reich allein weist von Oberschlesien bis zur Ostsee noch den im Durchschnitt gleichgebliebenen riesigen Latifundienbesitz auf, dessen menschenleere Räume alle wachsenden Ost- und Grenzländer zur Ueberflutung reizen müssen, wenn das Reich nicht selbst diese Gebiete mit seinem Menschenüberfluß aus eigenen überbevölkerten Gegenden füllt. Bis 1923 hat Polen 363 000 Hektar früheren Großgrundbesitzes aufgeteilt. Das Agrargesetz vom 28. Dezember

Peinliche Fragen.

Die Bayerische Volkspartei gegen Justizminister Gärtner.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags hat in seiner letzten Sitzung einstimmig folgende Feststellung getroffen:

„Der Untersuchungsausschuss beschließt auf Grund der bisherigen Erhebungen festzustellen, daß das Gerücht, als ob der bayerische Justizminister die Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens gegen Hitler und Genossen angewiesen habe, sich als unwahr erweisen hat.“

Die deutschnationalen Presse beruhte sich darauf, diese Feststellung als eine völlige „Rechtfertigung“ des deutschnationalen Justizministers Dr. Gärtner in die Welt zu posaunen. Dieser etwas voreilige Rehabilitierungsversuch rief nun die Koalitionsbrüder Dr. Gärtners, die Bayerische Volkspartei, auf den Plan, die in ihrem Hauptorgan, dem „Bayerischen Kurier“, ihre bisherige Zurückhaltung aufgibt und sich mit überstürzender Schärfe gegen die deutschnationalen Auslegung der vom Untersuchungsausschuss getroffenen „Feststellung“ wendet. In seinem sehr ausführlichen Leitartikel in Nr. 288 schreibt der „Bayerische Kurier“:

„Die negative Feststellung, daß eine bestimmte Form des Eingreifens in ein schwebendes Verfahren nicht erfolgt ist, läßt eine ganze Reihe von anderen Fragen offen, über die der Untersuchungsausschuss noch keine Entscheidung gefaßt hat.“

Es folgt dann eine Aufzählung der bisherigen Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, wobei u. a. festgestellt wird, daß die bayerische Justizverwaltung in das Strafverfahren gegen Hitler und Genossen „an verschiedenen Zeitpunkten mit der Wirkung eingegriffen hat, daß in der Strafverfolgung ein Stillstand eintrat“.

Recht peinlich sind die Fragen, die im Anschluß daran vom „Bayerischen Kurier“ aufgeworfen werden. Vor allem seien zwei davon hervorgehoben, weil sie verfassungsrechtlicher Art sind und unsere Behauptung stützen, daß der bayerische Justizminister die Verfassung verletzt habe und vor den Staatsgerichtshof gehöre. Das Blatt wirft die Frage auf, ob die Anweisung des Justizministeriums, die das wegen der Vorgänge vom 1. Mai 1923 anhängige Verfahren zur „Ruhe“ oder zum Stillstand gebracht haben, eine „Hemmung“ eines Verfahrens im Sinne des § 69 der bayerischen Verfassungsurkunde sei, und weiter wird gefragt: „Ist die Entscheidung darüber, ob die Durchführung des Prozesses mit Rücksicht auf die „Sicherheit“ des Landes juristisch möglich oder unmöglich war, im Einklang mit Satz 1 des § 64 der bayerischen Verfassungsurkunde und im Einklang mit dem für die Sicherheitsfrage zunächst zuständigen Justizministerium erfolgt?“ (Der Innenminister wurde bekanntlich gar nicht gehört. D. Red.)

Nach § 69 der bayerischen Verfassung können anhängige Streitigkeiten und strafrechtliche Untersuchungen weder durch den Landtag noch durch die Ministerien oder sonstige Verwaltungsbehörden gehemmt werden. Und im § 64 der bayerischen Verfassung wird bestimmt: „Das Gesamtministerium wacht über die Sicherheit des Staates.“ Der deutschnationalen Justizminister Gärtners hielt sich aber für befugt, aus eigener Willkür Entscheidungen zu treffen, die sich auf die „Sicherheit“ des Staates beziehen und hat mit Rücksicht auf diese angeblich durch einen Hitler-Prozess gefährdete Staatssicherheit das Strafverfahren zur „Ruhe“ pervertiert.

Nicht weniger unangenehm dürfte Herrn Gärtner die Frage des „Bayerischen Kurier“ sein, ob die vorzögernde Sachbehandlung, die die Justizverwaltung dem Verfahren gegen Hitler angedeihen ließ, mit dem Charakter dieses Verfahrens als volksgerechtliches Verfahren vereinbar gewesen sei. Artikel 9 des Volksgesetzes bestimmt nämlich, daß das Verfahren vor dem Volksgericht die rascheste Beurteilung der Beschuldigten bezwecke.

Der Justizminister hatte die Nichtanberaumung eines Sitzungstermins gegen Hitler und Genossen auch damit zu rechtfertigen versucht, daß Hitler mit landesverräterischer Verleumdung gedroht hätte. Dazu weist der „Bayerische Kurier“ darauf hin, daß das Volksgesetz genügende Sicherungen (Schweigegebot, Ausschluß der Öffentlichkeit) bot, um gefährliche außenpolitische Nachwirkungen zu vermeiden. Im übrigen, konnte dieser Gesichtspunkt der außenpolitischen Rückwirkungen von entscheidender Bedeutung sein, nachdem die öffentliche bewaffnete Ansammlung vom 1. Mai als solche schon landesverräterischen Charakter trug? Bisher hat man immer nur Personen wegen „Landesverrats“ verurteilt, die solche illegale Vorgänge öffentlich kritisierten. Hier wird zum erstenmal von einem Weite der Rechten darauf hingewiesen, daß diese illegale Vorgänge in sich schon das Verbrechen der Landesverrats darstellen! Eine erfreuliche Wendung, die wir gerne registrieren.

Noch eine ganze Anzahl anderer, für den bayerischen Justizminister recht unangenehmer Fragen werden aufgeworfen und zum Schluß wird bemerkt, daß der Untersuchungsausschuss zu keinem der genannten Gesichtspunkte irgendeine Stellung genommen habe. Es könne also unmöglich davon die Rede sein, daß die letzte Feststellung des Untersuchungsausschusses eine Rechtfertigung des Justizministers in sich schließe.

Aus diesem sehr deutlichen Hinweis darf aber keineswegs geschlossen werden, daß etwa die Bayerische Volkspartei ihrer Koalition mit den Deutschnationalen müde sei. Allenfalls will man Dr. Gärtner persönlich loswerden. Im Hintergrund aber steht die Angst vor den kommenden bayerischen Landtagswahlen. Die Bayerische Volkspartei hat das begriffliche Bedürfnis, ihren Wahlkampf nicht mit den Händen Dr. Gärtners zu belasten. Es wird ihr aber nichts helfen, denn der damalige Ministerpräsident Dr. v. Knilling gehörte ebenso wie Gärtner zu denen, die die Hitlerbewegung tolerierten und Knilling ist Mitglied der Bayerischen Volkspartei.

Rakowski-Nachspiel.

Die Linke hängt um den Frieden mit Rußland.

Paris, 18. Oktober. (Eigenschrift.)

Amlich wurde mitgeteilt, daß die letzte Moskauer Note, welche die Abberufung Rakowskis bezielte, keiner Antwort wert sei, da sie augenscheinlich in einem „Augenblicklicher Dummheit“ verfaßt wurde. Diese Kräuherung wird in der Linken Presse scharf kritisiert. „Wolonté“ betont, die Wahrheit sei, daß der Dual-Dröjan deshalb nicht antwortet, weil diese Argumente Tschitcherins unüberlegbar seien; es stelle sich mehr und mehr heraus, welche schweren Folgen die Abberufung Rakowskis für die französisch-russischen Beziehungen haben werde, möglicherweise ihren Abbruch. Der sozialistische „Sole“ ist der Ansicht, daß durch die Ministerialbeschlüsse diese letzte Möglichkeit vollständig ausgeschlossen sei, aber wenn in den nächsten Wahlen der Nationale Block siegt, würde der Frieden zwischen Frankreich und Rußland schwer bedroht sein.

Wenn es im Schlosse brennt.

Spiel mit dem Leben anderer. — Der Schloßherr zieht zu und befehlt.

Zu der großen Brandkatastrophe auf Schloß Aßling bei Augsburg erfahren wir folgende Einzelheiten aus Augsburg, die noch näher das bereits kritisierte Verhalten des Schloßherrn Freiherrn von Gravenreuth beleuchten:

Am Innern des brennenden Gebäudes arbeiteten die Feuerwehrleute mit Heroismus an der Rettung verunglückter Kameraden. Angststürzt und um ihre Angehörigen besorgt, stand die Bevölkerung des Ortes im Schloßgraben und vor den gegenüberliegenden Deponiegebäuden. Der Schloßherr, ein echter Junkertyp, sein Bruder mit einem Revolver bewaffnet und seine Gattin standen auf der zur Hauptfront des Gebäudes führenden kleinen Grabenbrücke. Die Frau rauchte, ebenso wie ihr Gatte, Zigarren, während von dem niederbrennenden Gebäude Dachbalken, Mauerteile und Ziegel auf die hingenagelten arbeitenden Feuerwehrleute herabprasselten. Die Frau zeigte sich sehr besorgt, als die Ahnenbilder, ein großer Stapel von verkauften Gemälden aus dem brennenden Gebäude getragen wurden. Auch für die Felze, die im Jagdzimmer untergebracht waren, ebenso für eine große Kiste mit Silbergeräten interessierte sie sich lebhaft, während über die Unglücklichen, die bei lebendigem Leibe eingeklemmt jämmerlich verbrannten, kein Wort des Bedauerns laut wurde. Der Schloßherr hielt es sogar für richtig, die Feuerwehrleute folgendermaßen anzukommandieren:

„Feuerwehrlente, antreten! Ihr seid doch da, daß ihr nicht, nicht aber zum Herumstehen!“ Die edle Frau beauftragte das Kommando ihres Gatten noch mit den Worten: „Die Leute sind wirklich laudum!“

Dabei waren die Feuerwehrleute ohne Abkühlung seit dem Ausbruch des Feuers um die Mittagstunde herum bis gegen 19 Uhr ständig auf der Brandstelle tätig.

Die Bevölkerung bringt den Hinterbliebenen der unglücklichen sechs Opfer tiefes Mitleid entgegen; jedenfalls ereicht sie in weit-

gehendem Maße das, was man von den freiherrlichen Leuten, um deren Eigentum es bei den Löscharbeiten ging, vermüht. Arbeiter und Handwerker haben sich mit bewundernswertem Mut für das freiherrliche Gut eingesetzt. Sie konnten nur ihre Pflicht als Feuerwehrmänner. Im Hinblick auf das Verhalten des Schloßherrn und seiner gelassen am Brückengeländer lehrenden Gattin rauchenden Gattin ist wohl die Frage nicht unberechtigt: Waren diese Herrschaften zu solcher aufopfernden Hilfsbereitschaft angetrieben, wenn die armeneliche Wohnung eines Arbeiters gebrannt hätte?

Wären diese Leute, was es z. B. für die Familie Bergmeier bedeutet, zwei Söhne im brennenden Schloß zu verlieren und den dritten Sohn rauchvergiftet noch Hause zu bekommen? Wäre die die geretteten Gemälde und Felze in Empfang nehmende Schloßherrin die juristische Qual, die ein schwächeres Weib, schon Mutter von zwei kleinen Kindern, erfährt, wenn ihr die Verkleidung des Ernährers gemeldet wird? Es ist kaum anzunehmen, daß die Herrschaften sich auch nur eine Minute lang mit diesen Gedanken beschäftigten.

Die tödlich Verunglückten.

meist junge Leute, waren gesunde, kräftige Gestalten, die unmittelbar von ihrer bescheidenen Kirchweihfreude hinweg an die Rettung des freiherrlichen Schlosses und — in den Tod gingen. Der Glasermeister Sohn Ham aus Lechhausen war sogar mit seinem Motorrad an die Brandstelle geeilt und hatte sofort an den Rettungsarbeiten teilgenommen. Seine Leiche liegt noch unter den Trümmern begraben.

Der ungeheure Schaden, den der Brand anrichtete, ist mit einer Million Mark wohl nicht zu hoch geschätzt. Er wird aber weniger dem Schloßherrn als seine Versicherungsgesellschaft treffen. Das Schloß gleicht einer Ruine. Die oberen Stockwerke sind vollkommen ausgebrannt. Ein trostloses Bild der Verwüstung bietet sich dem Beschauer.

Kranzniederlegung am Kleist-Grab.

Tausend Schulkinder kamen.

Das Grab Heinrich v. Kleists am Kleinen Wannsee bildete heute den Wallfahrtsort vieler Tausender von Schulkindern, die aus Berlin, Potsdam und aus anderen Städten der Mark gekommen waren, um den deutschen Dichter Heinrich v. Kleist zu ehren.

Man hatte von jeder offiziellen Feier an Kleists letzter Ruhestätte abgesehen, und selbst der Platz, auf dem die sterblichen Überreste Kleists ruhen, hatte nur einen recht bescheidenen Schmuck erhalten, denn das Bezirksamt Zehlendorf war der Meinung, daß man den „landschaftlichen Charakter“ des kleinen Friedhofs stören würde, wenn man einige frische Blumen auf dem Grab des Dichters niedergelegt hätte. So begnügte man sich mit einigen Eritapflanzen, ohne dadurch den verwilderten Charakter der Grabstätte abzuweichen. Um 9 Uhr morgens legte der Zehlendorfer Bürgermeister Schumacher einen Lorbeerkranz mit den Farben Berlins am Grabhügel nieder. Die Mitglieder des Berliner Magistrats waren ohne Ausnahme dienstlich verhindert und hatten deshalb den Zehlendorfer Gartenbaudirektor beauftragt, einen Kranz für die Stadt Berlin zu überbringen. Auch sonst sah man neben dem Kranz der Familie von Kleist nur wenige Blumen, die von Verehrern Kleists niedergelegt worden waren. Dafür aber erschienen Tausende von Schulkindern aus Berlin, Potsdam, Brandenburg usw., die von den Lehrern an das Grab am Kleinen Wannsee geführt wurden. Die Prozession der Knaben und Mädchen dauerte bis in die späten Mittagstunden an. Jugendworte Ansprachen fanden an Kleists Grab nicht statt.

Der Leichensfund in der Laube.

Postbote Seewitz gesteht den Mord an seiner Frau.

Zu dem Tode der Postbotenfrau Seewitz, über die wir am Sonnabend morgen berichteten, erfahren wir, daß der verhaftete Ehemann gestern in später Nachtstunden den Kriminalkommissaren Müller und Rastow andlich ein Geständnis abgelegt hat. Durch die Feststellungen am Tatort und die Ermittlungen hatte die Kriminalpolizei sofort Belastungsmaterial zusammengetragen, daß an der Schuld des Verhafteten gar nicht mehr zu zweifeln war.

Schon die Lage der Leiche ließ erkennen, daß die Frau nicht selbst Hand an sich gelegt hatte. Die von der Linke herabhängende Schnur, die Seewitz durchgeschnitten hatte, reichte bis auf 30 Zentimeter an den Fußboden heran. Dieser Befund ließ einen Selbstmord nicht ganz unmöglich erscheinen. Dazu kam die Aussage einer Zeugin, die zu Frau Seewitz einmal geküßert hatte, wenn sie eine solche Ehe führen sollte, so würde sie sich lieber aufhängen. Diesen Gedanken hatte aber Frau Seewitz weit von sich gewiesen. Ihr Selbstmord hätte ihrem Mann nur sehr erwünscht sein. Er könnte dann seine Geliebte heiraten, aber die Kinder würden verkommen. Trotz des erdrückenden Materials legnete der Mann auch gestern noch stundenlang. Am Laufe des späten Abends wurden noch mehr Zeugen herangezogen, die die bereits erwähnten, mit einer Freundin besprochenen Pläne, die Frau zu beseitigen, noch weiter bestätigten. Dazu kam der von der Freundin und Geliebten des Verhafteten angestiftete Überfall auf einen Zeugen, einen alten Mann, der zu Ungunsten des Verdächtigen ausgesagt hatte. Auch dieser Überfall wurde von weiteren Zeugen noch bestätigt. Die Gegenüberstellung mit allen diesen Zeugen brachte Seewitz endlich ins Bannet. Als er dann sah, daß es keinen Ausweg mehr gab, brach er völlig zusammen. Wie er sagt, war er in der verhängnisvollen Nacht mit seiner Familie nicht nach Hause gegangen, sondern hatte sie in der Laube gelassen. Er selbst durchschneidete die Schnur, zunächst mit seiner Geliebten und dann allein und kam erst frühmorgens in die Laube zurück. Als seine Frau ihm Nachbarn machte, geriet er in Wut, packte und würgte sie, bis sie tot war. Dann knüpfte er sie an der Türschwelle auf einen Selbstmord vorzubereiten. Um diesen noch wahrscheinlicher zu machen, schnitt er die Leiche ab, bevor er zur Post ging. Seewitz wird heute wegen Totschlages dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

„Der jüdische Bauer auf deutscher Scholle.“

Unter diesem Titel hatte der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten zu einer öffentlichen Kundgebung im ehemaligen Herrenhause eingeladen. Sämtliche jüdische Organisationen der verschiedenen Richtungen waren vertreten. Nur der Verband national-deutscher Juden glich durch Abwesenheit. Dr. Franz Oppenheimer, Präsident des Siedlungsausschusses, forderte in einem großangelegten Referat die Rückwanderung deutscher Juden aufs Land. Der Gedanke dieser Siedlung sei aus dem besten Geist des Judentums geboren. Es gelte heute, den Juden auf eigenem Grund und Boden wieder festhaft zu machen. Das deutsche Judentum sei heute nicht mehr mit dem Boden, der Nährmutter jedes Volkstums, verknüpft. Es bestände die Gefahr, daß die Juden als Volk von „Lustmenschen“ sterben müßten. Interessant war im Zusammenhang mit

diesen Ausführungen der Hinweis, daß manche jüdische Großgrundbesitzer die Anstellung von jüdischen Arbeitern und Angestellten verweigerten und auf diese Weise das Siedlungswert schädigten. Oppenheimer bekannte sich in seinem Vortrage auch sonst als scharfer Gegner des Großgrundbesitzes, dem gegenüber er die Schaffung eines unabhängigen Bauerntums forderte. Leider vermüht man genaue Angaben und Ziffern über den tatsächlichen Stand des jüdischen Siedlungswertes in Deutschland, so daß eine objektive Einschätzung dieses Programms auf seine praktischen Konsequenzen nicht möglich war. Unter den anderen Vorträgen waren besonders bemerkenswert die Ausführungen des Domänendirektors Dgt., der über die praktische Arbeit der schon bestehenden jüdischen Siedlungsgesellschaften in Deutschland einen sehr günstigen Bericht geben konnte. Es wurde auch noch mitgeteilt, daß der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten eine Siedlungsgesellschaft für ganz Deutschland gründen will, die alle Organisationen ähnlicher Art umfassen soll.

Schwerer Unfall beim U-Bahnbau.

Vier Arbeiter durch Gase betäubt.

In dem Tunnel der im Bau befindlichen U-Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln, in unmittelbarer Nähe des Moritzplatzes, ereignete sich heute mittags gegen 12 Uhr ein folgenschwerer Unfall. Vier Arbeiter wurden durch ausströmende Gase betäubt. Der Feuerwehrgang es, die Bewußtlosen nach langwierigen Bemühungen mit Sauerstoffflaschen ins Leben zurückzurufen. Ueber den Unfall wird uns im einzelnen berichtet:

In einem Tunnelabschnitt waren vier Arbeiter mit dem Verlegen von Gasröhren beschäftigt. Aus bisher noch ungeklärter Ursache entströmten größere Gasmengen. Von Arbeitern einer anderen Gruppe wurden alle vier bemühtlos am Boden liegend vorgefunden. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die auf den Alarm „Menschenleben in Gefahr“ mit mehreren Rettungswagen und Sauerstoffapparaten herbeieilte. Während es gelang, zwei der Verunglückten nach kurzer Zeit ins Leben zurückzurufen, waren die Wiederbelebungsversuche bei den anderen von längerer Dauer. Ihr Zustand war so bedenklich, daß sie in das Urkontrahenhaus übergeführt werden mußten. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Aus dem fahrenden Zug gestürzt.

Unfälle auf den Gleisen.

Als heute früh der aus Oberschlesien kommende Personenzug 226 um 5.37 Uhr auf dem Schlesienschen Bahnhof fahrplanmäßig eintraf, wurde dem Bahnhofsvorstand von Reisenden die Mitteilung gemacht, daß zwischen den Stationen Sadoma und Karlsdorf eine ältere Frau aus dem fahrenden Zug gestürzt sei. Die Gleise wurden daraufhin abgesehen und etwa 800 Meter hinter Sadoma die Reste der Verunglückten, die eine schwere Schädelverletzung aufwies, gefunden. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich bei der Toten um die 60-jährige Elise Hirschfeld aus der Hochstraße 38 in Berlin N. Die Frau befand sich auf der Rückfahrt von Breslau nach Berlin und reiste in einem Frauenabteil 4. Klasse. Sie soll sich mit dem Rücken gegen die Abteiltür gelehnt haben, die plötzlich aufging, so daß Frau H. den Halt verlor und rücklings auf die Gleise stürzte. Die Verletzung muß auf der Stelle tödlich gewesen sein.

Vor einigen Tagen berichtete der „Barmärker“ über eine Kesselexplosion auf der Bahnüberführung der sogenannten Gleisalleebrücke in der Kaiserallee zu Wilhelmsdorf. Heute früh um 6.47 Uhr ereignete sich an derselben Stelle abermals ein eigenartiger Unfall: Durch das Fenster eines Abteiles 3. Klasse des letzten Wagens eines gerade vorbeifahrenden Personenzuges (sag plötzlich eine eiserne Schienenklemmpfanne und verfehlte den Schloffer Max B. aus der Samostrasse 23 am Kopf erheblich. Eine Arbeiterin Emma B. erlitt einen Nervenschock. Beide wurden von einem Bahnarzt behandelt und konnten später in ihre Wohnungen entlassen werden. Die Ursache des Unfalles bedarf noch der Klärung. — Ein weiterer schwerer Unfall auf den Gleisen ereignete sich in der Nähe des Bahnhofes Brunnewald zu. Hier wurde der Arbeiter Karl Meier aus der Birkenstraße 52 der auf einer Leiter stand, die von einer vorbeifahrenden Lokomotive gestreift und umgerissen wurde, auf die Schienen geschleudert. Er erlitt eine schwere Schädelverletzung und mußte in das städtische Krankenhaus übergeführt werden.

Raubüberfall in der Friedrichstadt.

Ein verwegener Raubüberfall wurde heute mittags gegen 12 Uhr auf das im dritten Stockwerk gelegene Bureau der Firma Alausner in der Krausenstraße 64 verübt. Mit vorgehaltener Pistole drang plötzlich ein Mann ein und hielt die Angestellten mit der Waffe in Schach. Dem Täter fielen 3000 Mark bares Geld in die Hände. Um seine Flucht zu sichern schloß er die Telefonbrücke durch und entkam unerkannt.

Wirtschaftliche Reichsgliederung.

Kurzfristige Widerstände.

Genosse Nowak, Bezirkssekretär des ADGB für Oberschlesien, schreibt uns:

Der ober-schlesische Zentrumsführer und Reichstagsabgeordnete Ulfichta veröffentlichte in der „Germania“ einen vom „Vorwärts“ bereits besprochenen Artikel, in dem er die Notwendigkeit eines eigenen Landesarbeitsamtes Oberschlesien zu begründen versuchte und die Stellungnahme der freien Gewerkschaften kritisierte.

Unzweifelhaft bedeutet ein sowohl in seinem Flächeninhalt als auch in der Zahl der Versicherten kleiner Landesarbeitsbezirk wie Oberschlesien eine Zersplitterung, die im Gegensatz zu unserer grundsätzlichen Auffassung steht. Schon die Tatsache, daß in einem Landesarbeitsamt Oberschlesien die Bearbeitung mehrerer Ressorts durch ein und dieselbe Person vorgelesen ist, gibt unserer grundsätzlichen Stellungnahme für eine stärkere Zentralisation recht. Entgegen den ausschließlich politischen Gründen, die zur Errichtung des Landesarbeitsamtes Oberschlesien geführt haben, wurde an die Vertreter der freien Gewerkschaften im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Oberschlesien das Ansuchen gestellt, einer Enkeltatsache zuzustimmen, die in ihrer Begründung sich auf wirtschaftliche und sozialpolitische Beweggründe stützt, die von ihnen nie anerkannt wurden.

Es trifft z. B. nicht zu, daß Oberschlesien ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebilde ist, denn außer der in den Kreisen Kiewitz, Hindenburg und Beuthen, also im südöstlichen Zipfel der Provinz gelegerten Schwerindustrie gibt es in Oberschlesien auch noch namhafte andere Industrien, wie die chemische Industrie, die Industrie der Steine und Erden, die Süßwaren-, Tabak-, Metall- und Textilindustrie. Während die Berg- und Hüttenindustrie als in sich abgeschlossen gelten kann, sind die anderen genannten Industrien mit Niederschlesien außerordentlich stark verbunden. Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Industrien werden tariflich für ganz Schlesien geregelt. Dasselbe trifft ebenfalls für die Landwirtschaft zu. Gerade die Tatsache, daß gegenüber der in den Städten vorhandenen Dauerarbeitslosigkeit das vorhandene flache Land nicht ausreicht, um eine wirksame Ueberleitung Erwerbsloser in die Landwirtschaft zu gewährleisten, spricht gegen ein ober-schlesisches Landesarbeitsamt. Der Mangel an nennenswerten arbeitsmarktpolitischen Beziehungen zwischen Ober- und Niederschlesien ist unseres Dafürhaltens weniger ein Grund für ein eigenes ober-schlesisches Landesarbeitsamt, als vielmehr für eine Zusammenlegung der beiden Landesarbeitsämter. Die in verschiedenen Phasen recht starke Auseinanderziehung zwischen den beiden Provinzen hat übrigens dazu beigetragen, daß auch auf arbeitsmarktpolitischen Gebiet die Zusammenarbeit nicht immer den Erfordernissen entspricht.

Wenn die Begründung ferner darauf hinweist, daß durch die eigenartigen Grenzverhältnisse in Oberschlesien wirtschaftliche Verhältnisse zutage treten, die einer besonderen Beobachtung bedürfen, so muß dem entgegengehalten werden, daß Oberschlesien durchaus keine durchweg eigenständigen Grenzverhältnisse aufweist. Niederschlesien und Oberschlesien grenzen gemeinsam im Osten an Polen, im Westen an die Tschechoslowakei. Lediglich die durch Oberschlesien gezogene Grenze zwischen Ost- und Westoberschlesien bedingt eine besondere Beobachtung, die aber zweckmäßigerweise durch die an dieser Grenze gelegenen auszubauen den Bezirksarbeitsnachweisämter zu erfolgen hat.

Es kann nicht bestritten werden, daß der Genler Vertrag, nach welchem den Inhabern von Betriebsarten bis zum Jahre 1938 das Arbeitsnachweisamt der Grenze nicht verwehrt werden kann, eigenartige Ausweichungen zuläßt. Die niedrige polnische Saluta bewirkt ferner, daß der Drang der ostoberschlesischen Arbeiter nach Beschäftigung in Westoberschlesien stark gefördert wird. Diesen Tatsachen aber steht ein eigenes Landesarbeitsamt Oberschlesien genau so machtlos gegenüber, wie ein gemeinsames Landesarbeitsamt Schlesiens.

Wenn wir durch unsere ablehnende Haltung zu erreichen versuchen, daß das Schwergewicht der Arbeitsvermittlung in die Bezirksarbeitsnachweisämter, also dorthin gelegt wird, wo die genaue Kenntnis der Verhältnisse im engeren Bezirk gewährleistet ist, so haben wir den Arbeiterinteressen am besten gedient. Durch eine Zusammenlegung der beiden Landesarbeitsämter wird die Basis für den zwischenzeitlichen Ausgleich außerordentlich erweitert und damit eine weit größere Gewähr dafür geschaffen, daß die Erwerbslosen in ihren erlernten Berufen wieder Beschäftigung finden. Dabei haben wir nicht zu übersehen, daß dem Industriesektor Oberschlesien ähnlichen Verhältnisse des Waldenburger Reviers im Auge gehabt, die unseres Wissens nach noch nie Berücksichtigung gefunden haben, für das Waldenburger Revier ein eigenes Landesarbeitsamt zu fordern.

Ein eigenes Landesarbeitsamt Oberschlesien würde auch einen erheblichen Aufwand an Mitteln für die Verwaltung in

Anspruch nehmen. Wenn wir nun durch eine Zusammenlegung der beiden Landesarbeitsämter eine Verringerung der Verwaltungskosten erstreben, so haben wir dies ausschließlich im Interesse der Arbeiterschaft getan, denn jeder Mehraufwand an Verwaltungskosten verringert die Möglichkeit, die Erwerbslosenfürsorge in den Unterhaltungsstätten entsprechend den gestellten Forderungen auszubauen.

In Einhaltung des im Abstimmungskampf gegebenen Versprechens haben sich die freien Gewerkschaften für die selbständige Provinz Oberschlesien eingesetzt. Wenn wir unsere Bedenken gegen ein eigenes Landesarbeitsamt damals deswegen nicht in den Vordergrund stellten, weil ihre absolute Geltendmachung die volle Einlösung des gegebenen politischen Versprechens behindert hätte, so wäre es den freien Gewerkschaften trotzdem nie eingefallen, aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen heraus ein eigenes Landesarbeitsamt für Oberschlesien zu fordern. War damals das Landesarbeitsamt ein Teil der provinziellen Selbstverwaltung, so hat das Gesetz vom 16. Juli 1927 vollkommen veränderte Verhältnisse geschaffen. Die Landesarbeitsämter sind Reichsanstalten geworden. Ihre Abgrenzung hat nach § 2 des Gesetzes nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erfolgen. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte jedoch sprechen gegen ein eigenes Landesarbeitsamt Oberschlesien, und deswegen haben wir im Interesse der Arbeiter für eine Zusammenlegung der beiden Landesarbeitsämter gestimmt.

Die Stellung der Berliner Gewerkschaften.

Ueber „Die Neuordnung auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ sprach in der gestrigen Plenarversammlung des Dissozialausschusses Berlin im Gewerkschaftshaus der Genosse Siegle.

Er gab zunächst einen Ueberblick über den wesentlichsten Inhalt des Gesetzes und kam dann auf die in der letzten Zeit heftig umstrittene Frage der Neuorganisation der Landesarbeitsämter zu sprechen. Wie bekannt, sollen an Stelle der bestehenden zweiundzwanzig Landesarbeitsämter dreizehn Landesarbeitsämter entstehen, ebenso sollen an Stelle der etwa 900 Arbeitsnachweise nur noch höchstens 400 kommen.

In Berlin-Brandenburg hat man sich lange Zeit um die Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung der beiden Landesarbeitsämter Berlin und Brandenburg geirrt. Der Vorstand des Dissozialausschusses Berlin hat bis vor kurzem der Zusammenlegung beider Landesarbeitsämter heftig widersprochen. Nachdem der Plan der Reichsanstalt jedoch bekannt und aus ihm zu ersehen war, daß er nach großen wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellt war, mußte der Vorstand seine Auffassung ändern. Er kam zu der Ueberzeugung, daß er bei der Beibehaltung seines bisherigen Standpunktes die partikularistischen Bestrebungen, wie sie z. B. Bayern verfolgt, unterstützen würde. In der Richtigkeit seiner Auffassung wurde der Vorstand des Dissozialausschusses noch bekräftigt durch die widerprechende Stellungnahme der Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter Berlin und Brandenburg. Während der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Berlin den Plan der Reichsanstalt einstimmig gebilligt hat, haben im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Brandenburg nur die sechs Arbeitervertreter und ein Vertreter der Erziehungsgemeinde dafür, sämtliche anderen Vertreter, darunter die Unternehmer, dagegen gestimmt. Interessant ist auch, daß sich in Berlin die Vertreter der Metallindustrie für die Zusammenlegung ausgesprochen haben, die Vertreter der Metallindustrie der Provinz aber dagegen. Es ist klar, daß die Unternehmer der Provinz nur aus sozialpolitischen Gründen die Zusammenlegung der beiden Landesarbeitsämter ablehnen. Diese Stellungnahme der Unternehmer gerade ist es, die die Gewerkschaften davon überzeugt hat, daß ihre Auffassung die richtige war.

In der kurzen Diskussion vertraten alle Redner die Auffassung des Referenten, nur einige kommunistische Delegierte versuchten das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung zu kritisieren und waren der Auffassung, daß man das ganze Gesetz schon im Reichstag hätte zu Fall bringen müssen. Womit wohl eine bessere Organisation der Arbeitsvermittlung erreicht worden wäre?

Die Koholyt A.G. und ihre Arbeiterschaft.

Wie man die Tarife umgeht.

Das deutsche Unternehmertum ist bekannt für seine Schamlosigkeit, mit der es Akkordlöhne herabdrückt. Wenn die Arbeiterschaft, getrieben durch die wirtschaftliche Not, angepeitscht durch hungernde Antreibersysteme ihre Leistungen steigert, um ihren Hungerlohn um einige Pfennige zu erhöhen, dann kommt das profitgierige Unternehmertum und senkt die Akkordlöhne herab. Dann kann das graulose Spiel, das Wettrennen der Roten der Arbeiter und seinem Willen zum Leben aufs neue beginnen. Daß sich das natürliche Gerechtigkeitsgefühl der Arbeiterschaft dagegen empört, ist ertäglich. Es wäre traurig, wenn es anders wäre.

Diese schabigen Ausbeutermethoden hat sich auch der englische Harrison-Konzern, der Besitzer der Koholyt A.G. zu eigen gemacht. In der ihm gehörigen Papierfabrik Hille-

gossen bei Bielefeld war eine Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Firma getroffen, daß zu den bestehenden Tariflöhnen eine Prämie gezahlt werden sollte, die sich nach der Höhe der Produktion richtete. Diese Vereinbarung sollte bis zum Ablauf des Lohnjahres Geltung haben. Den Zweck des Prämienzuschlags erreichte die Firma in ausgiebiger Maße. Bei einer Verminderung der Belegschaft um 100 Mann (zirka 20 Proz. der Gesamtbelegschaft) stieg die Produktionsleistung um elf Prozent gegenüber dem Vorjahre.

Am 1. August 1927 trat eine tarifliche Lohnsteigerung von 5 Pf. pro Stunde ein. Die Firma zahlte bis zum 23. August die erhöhten Tariflöhne plus Prämie. Am 26. August kürzte die Firma diktorisch die Prämie um den Betrag der tariflichen Lohnsteigerung, so daß die Arbeiter der Papierfabrik Hillegossen nur den gleichen Lohn bezogen wie vor der Tarifserhöhung, d. h. sie zog ihnen die tarifliche Lohnsteigerung durch Herabsetzung der Prämien wieder ab. Dabei hat die Koholyt A.G. für das Geschäftsjahr 1926/27 den ungeheuren Rohgewinn von 9,04 Millionen und nach 860 000 M. Abschreibungen 2,99 Millionen Reingewinn erzielt. 14 Proz. Dividende werden an die englischen und deutschen Aktionäre verteilt. Nach ihrem eigenen Geschäftsbericht konnte die Gesellschaft ihre Erzeugnisse zu zufriedenstellenden Preisen absetzen. Der Harrison-Konzern muß in seinen englischen Papierfabriken die doppelten Arbeitslöhne zahlen für Leistungen, die schwerlich die der deutschen Arbeiter übertreffen.

Die Arbeiterschaft, vertreten durch den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, hat die betreffenden Schlichtungsstellen angeurteilt. Hoffentlich gelingt es ihnen, diese hinterhältige und empörende Lohnherabsetzung rückgängig zu machen. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sie sich gefallen zu lassen.

Demonstrationstreif in Polen.

Warschau, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

In ganz Polen findet morgen ein eintägiger Bankbeamtenstreik zur Unterstützung eines bereits fast einmonatigen Streikampfes in der größten Warschauer Aktienbank, der Bank der Dysnostowy, statt.

Wirtschaft

Neue Fusion in der chemischen Industrie.

Die Sachleben A.G. für Bergbau und chemische Industrie in Köln beschließt, die Harfortischen Bergwerke und chemische Fabriken L.G. in Hoppe und Gotha auf dem Wege der Verschmelzung ihrem Unternehmen anzuschließen. Die Sachleben A.G., die zum Frankfurter Metallkonzern gehört und erst im Oktober 1926 nach Zusammenstoß der Gewerkschaften Sachleben und Siffia mit 12 Millionen Aktienkapital in Aktion trat, treibt seit Anfang des Jahres eine starke Ausdehnungspolitik.

Mit dem Fortschritt durch Rohstofflieferungen aus ihren Schiefergruben und fabriktarifliche Zusammenarbeit verbunden, hat die Sachleben A.G. gemeinsam mit ihm sich maßgebenden Einfluß bei der A.G. für chemische Industrie, Belsenkirchen, gesichert und damit ihre Stellung in dem für die Bauwirtschaft wichtigen Lithopone (Malerfarbe)-Spezialfeld sehr verstärkt. Ferner hat die Gesellschaft im Sommer durch Kauf der Chemischen Fabrik Marienhütte in Braunschweig ihr Tätigkeitsfeld auch nach Mitteldeutschland verlegt. Das Interesse der Sachleben A.G. an den Harfortischen Werken liegt nicht in den chemischen Betrieben, sondern den Schwefelkiesbergwerken dieser Gesellschaft, die an die Gruben von Sachleben grenzen.

Im übrigen ging es der Harfort A.G. nach dem Verlust ihrer siebenbürgischen Bergwerke und durch die ständig sinkende Konkurrenzfähigkeit auf dem Chemiewort seit längerer Zeit schlecht. Ein hoher Kapitalverlust, der aus dem Verkauf der Heinrichshaller Betriebe entstand, machte neben den anderen Schwierigkeiten eine Kapitalzusammenlegung notwendig, so daß die Verwaltung unter diesen Umständen in einer Fusion das kleinere Übel erblickte. Ob die Sachleben A.G. ihr Kapital für die Durchführung der Fusion erhöhen wird, steht noch nicht fest. Die Harfortischen chemischen Betriebe in Hoppe sollen stillgelegt werden, da die Sachleben A.G. für eine Weiterführung des dortigen Wertes kein Interesse hat.

Günstige Handelsbilanz der Tschechei. Wenn gute Handelsbilanzen ein Zeichen für den Wohlstand eines Volkes sind, so muß es der Tschechoslowakei sehr gut gehen. Der Ausfuhrüberschuß dieses Landes hat sich im September 1927 gegenüber dem September vorigen Jahres von 116 auf 415 Millionen Tschechenkronen erhöht. Die Fertigwarenausfuhr ist dabei von 968 auf 1420 Millionen Kronen gestiegen, also in einem Jahr um rund 50 Proz. Ebenso günstig ist die Entwicklung in den drei Vierteljahre von Januar bis September 1927. Der Ausfuhrüberschuß hat sich in dieser Zeit gegenüber dem Vorjahr von 1125 auf 1729 Millionen Tschechenkronen erhöht, also ebenfalls außerordentlich stark. Sicher ist auch Deutschland an dieser Mehrausfuhr der Tschechoslowakei in erheblichem Umfang beteiligt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Herz; Wirtschaft: G. Allardt; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Salzer; Revision: Dr. Fritz Schilling; Statistik und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: G. Graw; Illustration: Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

KINO-TAFEL

Programm für die Zeit vom 18. bis 20. Oktober

BTL
Potsdamer Straße 38
Woh immer Treu und Redlichkeit
mit Reinhold Schünzel

Turmstraße 12
Kleinstadtsünder
mit Asta Nielsen

Rheinstraße 14
Die Frau mit dem Weltrekord
mit Lee Parry
Außerdem: Der Herrsiedler

Alexanderstr. 39-40
Rivalen des Ozeans
und: Alaska's weisse Wunderwelt

Odeon, Potsdamer Str. 75
Der Kampf des Donald Westhof
nach d. Roman der Berl. Illustr. Ztg.
mit Erna Morona, Irene Rada

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurt
Allee 43
Der Fürst von Pappenheim
Ferner: Diebstahl • Ahnenschau

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Die Lindenwirtin am Rhein
Ferner: Ahnenschau, Jupp, John Smith

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Spuk im Schloß
Ferner: Fräulein Blaubart

Passage-Lichtspiele Neu-Adl.
Jergstr. 151/52
Put und Palatinus am Nordseestrand
Ferner: Der Cowboyboxer
Ahnenschau • Ju. encl. hanc. Z. rit.

Film-Palast Kammersäle Teltower
Str. 1-4
Rivalen des Ozeans

Renaissance-Theater
Steinplatz 90. — Täglich 8 Uhr:
Giovanni und Annabella
(Schade, daß sie eine Hure.)

Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen!
Durch Ersparnis hoher Ladennetze
Qualitätsware Superbillig
**Gardinen, Stores, Bett-,
Tisch- und Divandecken**
Gardinenhaus
Alfred Walter
Neukölln, Selchower Str. 6
II. Etage, kein Laden!
Telefon: F 2 2529
direkt Untergrundbahn Boddenstraße

Zuverlässige billige und gute Stiefel
gibt es bei
H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7

Eisu-Matratzen
Kinderbetten, Schlamm-, künstl. an Priv.
Kat. 2099r. Eisenmöbelab. 5001 (Tabr.)

Urania-Werbe-Wettbewerb
1000 Mark
in Bar- und Buchpremiën
sind für die besten „Urania“-Werber auszu-
weisen. Jeder kann sich beteiligen, auch der
kleinste Erfolg wird belohnt. Die „Urania“
beginnt wieder ihren 4. Jahrgang. Sie ist reich
illustriert, anziehlich, belehrend, gutliegend
und unterhaltend zugleich. Alle treue und
loyal kritisch eingestellten Menschen, auch die
Bildungshungrige, naturliebende reifere Jugend
müßte sie lesen. Nicht alle mit, neue Abon-
nenten zu gewinnen.

Der beste Werber erhält RM. 100 Bar
- zweitbeste - - - 70 -
- drittbeste - - - 50 -
- viertbeste - - - 40 -
- fünftbeste - - - 30 -
- sechstbeste - - - 20 -

Weitere 270 Werber erhalten Buch-
premiën im Gesamtwert von RM. 300
*im 31. Okt. 1927 ist Schluß des Wettbewerbes.
Probepost und Werbematerial kostenlos!

Hauptexpedition des „Vorwärts“
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Unter-
grundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichten Engrospreis 40
Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

Kein Radio ohne Lautsprecher!
Nur eine Fabrik
Vertriebsstelle
U. Vorhänge
U. Vorhänge
U. Vorhänge

Sherlock G.m.b.H. Berlin
Hackescher Markt 2/3 • Tel. Norden 4791-93